

Vorbemerkung: Sexualität ist ein natürlicher und wertvoller Aspekt des Lebens, ein notwendiger und grundlegender Teil unseres Menschseins. Sexualität gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen und damit auch ganz grundsätzlich zu den Menschenrechten. Das Recht, die eigene Sexualität auszuleben, ist Bestandteil des Grundrechts der persönlichen Freiheit, der Rechtsgleichheit sowie weiterer internationaler Menschenrechtsdokumente wie der Behindertenrechtskonvention, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, des UN-Sozialpaktes, der Deklaration der sexuellen Rechte. Die Sexualität ist immer Bestandteil der Persönlichkeit. Das Recht auf Sexualität bedeutet zudem: niemand hat das Recht, von einem andern Menschen Sexualität einzufordern, wenn dieser das nicht freiwillig will/kann, und genauso hat niemand das Recht, einem Menschen dessen Sexualität abzusprechen oder das Ausleben davon zu verbieten.

Das Recht auf Sexualität ist verankert in nationalen und internationalen Rechtsgrundlagen.

Nationale Rechtsgrundlagen

Bundesverfassung

- Artikel 8 Rechtsgleichheit
 - Absatz 2 „Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht (...) wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.“
 - Absatz 4 „Das Gesetz sieht Massnahmen zur Beseitigung von Benachteiligungen der Behinderten vor.“
- Artikel 10 Recht auf Leben und auf persönliche Freiheit
 - Absatz 2 „Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit, insbesondere auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Bewegungsfreiheit“.
- Artikel 13 Schutz der Privatsphäre
 - Absatz 1 „Jede Person hat Anspruch auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens (...)“
- Artikel 14 Recht auf Ehe und Familie
 - Das Recht auf Ehe und Familie ist gewährleistet.
- Artikel 41 Sozialziele
 - Absatz 1 „Bund und Kantone setzen sich in Ergänzung zu persönlicher Verantwortung und privater Initiative dafür ein, dass: (...)
 - b. jede Person die für ihre Gesundheit notwendige Pflege erhält;
 - c. Familien als Gemeinschaften von Erwachsenen und Kindern geschützt und gefördert werden (...)“

Genfer Kantonsverfassung (in Kraft getreten am 1. Juni 2013)

Das allgemeine Diskriminierungsverbot in der Genfer Verfassung (Artikel 15 KV-GE) wurde zudem um den Aspekt der sexuellen Orientierung erweitert.

- Artikel 15 Rechtsgleichheit
 - Absatz 1 „Alle Menschen sind vor dem Gesetze gleich.“

- Absatz 2 „Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen (...) der sexuellen Orientierung, der Überzeugung oder wegen einer Behinderung.“

Beim Ausbau bestehender Rechte geht die Genfer Verfassung über den Diskriminierungsschutz der Bundesverfassung hinaus: So werden etwa die Rechte für Menschen mit Behinderungen bedeutend erweitert

- Artikel 16 Rechte der Behinderten
 - Absatz 1 „Für Behinderte sind der Zugang zu Bauten und Anlagen sowie die Inanspruchnahme von Einrichtungen und Leistungen, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, gewährleistet.“
 - Absatz 2 „In ihrem Verhältnis zum Staat haben die Behinderten einen Anspruch darauf, Informationen zu erhalten und in einer ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechenden Form zu kommunizieren.“

Zudem wurde in Genfer Kantonsverfassung erstmals in der Schweiz die Verpflichtung zu regelmässigen, unabhängigen Überprüfungen der Umsetzung der Verfassung eingerichtet. Verletzungen bzw. Einschränkungen der sexuellen Rechte von Menschen mit einer Behinderung können so rechtsverbindlich dokumentiert werden und auf Verbesserungen hingewirkt werden.

- Artikel 42 Überprüfung
Die Verwirklichung der Grundrechte ist Gegenstand einer regelmässigen unabhängigen Überprüfung.

LINK: Genfer Verfassung <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20132788/index.html#a42>

Internationale Menschenrechtsdokumente

Behindertenrechtskonvention

- Artikel 1 Zweck

Zweck dieses Übereinkommens ist es, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern.

- Artikel 3 Allgemeine Grundsätze

Die Grundsätze dieses Übereinkommens sind:

- a) die Achtung der dem Menschen innewohnenden Würde, seiner individuellen Autonomie, einschliesslich der Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen, sowie seiner Unabhängigkeit;
- b) die Nichtdiskriminierung;
- c) die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft;
- d) die Achtung vor der Unterschiedlichkeit von Menschen mit Behinderungen und die Akzeptanz dieser Menschen als Teil der menschlichen Vielfalt und der Menschheit; (...)

- Artikel 4 Allgemeine Verpflichtungen

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die volle Verwirklichung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen mit Behinderungen ohne jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung zu gewährleisten und zu fördern.

- Artikel 5 Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, vom Gesetz gleich zu behandeln sind und ohne Diskriminierung Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz und gleiche Vorteile durch das Gesetz haben.

(2) Die Vertragsstaaten verbieten jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung und garantieren Menschen mit Behinderungen gleichen und wirksamen rechtlichen Schutz vor Diskriminierung, gleichviel aus welchen Gründen.

- Artikel 14 Freiheit und Sicherheit der Person

(1) Die Vertragsstaaten gewährleisten:

a) dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen das Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit geniessen;

b) dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen die Freiheit nicht rechtswidrig oder willkürlich entzogen wird, dass jede Freiheitsentziehung im Einklang mit dem Gesetz erfolgt und dass das Vorliegen einer Behinderung in keinem Fall eine Freiheitsentziehung rechtfertigt.

(2) Die Vertragsstaaten gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen, denen aufgrund eines Verfahrens ihre Freiheit entzogen wird, gleichberechtigten Anspruch auf die in den internationalen Menschenrechtsnormen vorgesehenen Garantien haben und im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen dieses Übereinkommens behandelt werden, einschliesslich durch die Bereitstellung angemessener Vorkehrungen.

LINK: UN-Behindertenrechtskonvention <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20122488/index.html>

Deklaration der sexuellen Rechte der International Planned Parenthood Federation (IPPF)

- Grundsatz 3 Nichtdiskriminierung liegt dem Schutz und der Förderung aller Menschenrechte zugrunde.

IPPF geht davon aus, dass ein Regelwerk der Nichtdiskriminierung dem Schutz und der Förderung aller Menschenrechte zugrunde liegt. Das Regelwerk der Nichtdiskriminierung untersagt jegliche Unterscheidung, Ausgrenzung oder Einschränkung aufgrund von Geschlecht, Alter, Gender, Genderidentität, sexueller Orientierung, Familienstand, sexueller Entwicklung, tatsächlichem oder unterstelltem Sexualverhalten, (...) körperlicher oder geistiger Behinderung, (...)

- Grundsatz 4 Die Sexualität und die mit ihr verbundene sexuelle Lust sind zentrale Aspekte des Menschseins, unabhängig davon, ob jemand Nachkommen zeugen möchte oder nicht.
- Grundsatz 6 Sexuelle Rechte dürfen nur solchen Beschränkungen unterliegen, die gesetzlich festgelegt sind. Diese Beschränkungen dienen sowohl der Anerkennung und der Achtung der Rechte und Freiheiten anderer als auch dem Allgemeinwohl einer demokratischen Gesellschaft.

- Artikel 2 Das Recht auf Partizipation unabhängig von Geschlecht, Sexualität oder Gender Alle Menschen haben Anspruch auf Rahmenbedingungen die eine aktive, freie und sinnvolle Partizipation an der Entwicklung (...) ermöglichen.

- Artikel 4 Das Recht auf Privatsphäre

Niemand darf willkürlichen Einmischungen in seine Privatsphäre, Familie, Wohnung, (...) ausgesetzt werden und jeder Mensch hat das Recht auf Privatsphäre, die für die sexuelle Selbstbestimmung unentbehrlich ist.

- Artikel 5 Das Recht auf persönliche Selbstbestimmung und Anerkennung vor dem Gesetz

Alle Menschen haben das Recht auf Anerkennung vor dem Gesetz und auf sexuelle Freiheit, einschließlich der Möglichkeit, sexualitätsbezogene Angelegenheiten zu kontrollieren und frei über sie entscheiden zu können. Alle Menschen haben das Recht ihre SexualpartnerInnen frei zu wählen und danach zu streben, ihre sexuellen Möglichkeiten und ihre Lust zu leben.

- Artikel 8 Das Recht auf Bildung und Information

Alle Menschen haben grundsätzlich und gleichberechtigt das Recht auf Bildung und Information sowie auf umfassende Sexualerziehung und -information, die notwendig und nützlich sind, um das volle Bürgerrecht und die Gleichstellung im privaten, öffentlichen und politischen Bereich in Anspruch nehmen zu können.

- Artikel 9 Das Recht auf freie Entscheidung für oder gegen die Ehe und für oder gegen die Gründung und Planung einer Familie sowie das Recht zu entscheiden, ob, wie und wann Kinder geboren werden sollen.

- Artikel 10 Das Recht auf Rechenschaftspflicht und Entschädigung

Alle Menschen haben das Recht auf effektive, adäquate, zugängliche und geeignete erzieherische, gesetzgeberische, juristische und sonstige Maßnahmen, um sicherzustellen und einzufordern, dass die für die Wahrung der sexuellen Rechte Verantwortlichen, voll rechenschaftspflichtig sind. Dies beinhaltet die Berechtigung zur Überwachung der Umsetzung der sexuellen Rechte und der Zugang zu Rechtsmitteln bei der Verletzung derselben.

LINK: https://www.sante-sexuelle.ch/wpcontent/uploads/2013/04/pdf_ippf_sexual_rights_declaration_german.pdf

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

- Artikel 29:

- Absatz 1: Jeder hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit möglich ist.
- Absatz 2: Jeder ist bei der Ausübung seiner Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zweck vorsieht, die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten anderer zu sichern und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und des allgemeinen Wohles in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen.
- Absatz 3: Diese Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden.

Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

- Artikel 12:

- Absatz 1: Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit an.

Autorin



Diana Kuring (Dr. rer. pol., Autorin, Sozialpädagogin)

Jg. 1975, promoviert am UNESCO Lehrstuhl für Menschenrechtsbildung; Promotion über die sexuelle Selbstbestimmung im Kontext der UN-Frauenrechtskonvention sowie UN-Kinderrechtskonvention; Dozentin des Hochschulseminars „Sexuelle Selbstbestimmung als Menschenrecht“ sowie „Prostitution versus sexuelle Selbstbestimmung“; wissenschaftliche Referentin in Deutschen Bundestag; Trainerin und Referentin

Mitglied in der Deutsche Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Sexualforschung e.V. (DGSS); Weiterbildung zu Sexualität und Behinderung am Institut für Sexualpädagogik und Sexualtherapie Uster (ZH)



Autorin des Buchs Liebe, Sex und Zärtlichkeit & BEHINDERUNG. Sexuelle Selbstbestimmung von Frauen und Männern mit einer Behinderung in der Deutschschweiz (erscheint im November 2015)

Kontakt

KompetenzZentrum Wissen & Sexualität, Diana Kuring, Schwarzengrund 2, 8496 Steg im Tösstal

Tel. 055 534 37 92

Natel: 076 620 30 26

E-Mail: kuring@wissen-sexualitaet.ch